

## Der richtige Mix der Geld- und Fiskalpolitik

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Universität Freiburg und Walter Eucken Institut

Nachdem das Bundeskabinett den Bundeshaushalt für das Jahr 2024 vergangene Woche verabschiedet hatte, hagelte es Kritik aus allen Richtungen. Verwundern muss dies nicht. Denn bei knapperen Finanzen und der dadurch erforderlichen Prioritätensetzung müssen nun manche Interessen zurückstehen. Dass sich diese Personenkreise damit nicht abfinden wollen, ist verständlich. Aber ist die Haushaltspolitik der Bundesregierung derzeit sinnvoll?

Nach zwei Quartalen mit negativen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im 4. Quartal 2022 und 1. Quartal 2023 mehren sich die Anzeichen, dass sich Deutschland in einer Rezession befindet. Im weiteren Verlauf des Jahres 2023 ist mit wenig Dynamik zu rechnen und für das Jahr 2024 dürften die Bäume ebenfalls nicht in den Himmel wachsen. Ein zentrales konjunkturpolitisches Credo lautet: Der Staat sollte der Konjunktur nicht hinterher sparen. Die Finanzpolitik in Deutschland schickt sich nun aber gerade an, restriktiver zu werden.

Diese vermeintliche Dissonanz löst sich vor dem Hintergrund einer umfassenderen makroökonomischen Betrachtung auf. Das wirtschaftliche Umfeld in Deutschland, in Europa und in den Vereinigten Staaten ist stagflationär. Bei hoher Inflation schwächt sich das Wirtschaftswachstum ab – einerseits, weil höhere Preise den privaten Konsum dämpfen, und andererseits, weil die Zinserhöhungen der Notenbanken die private Investitionstätigkeit beeinträchtigen. Letzteres gilt vor allem für stärker zinsreagible Branchen wie die Bauwirtschaft. Die höhere Inflation ist das Ergebnis der staatlichen Politik in der Corona-Krise, die durch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs verstärkt wird. Eine expansive Geld- und Fiskalpolitik haben in der Corona-Krise die gesamtwirtschaftliche Nachfrage hochgehalten, während das gesamtwirtschaftliche Angebot aus unterschiedlichen Gründen eingeschränkt blieb. Nun müssen sich Nachfrage und Angebot wieder einander anpassen. Die mittlerweile restriktivere Geldpolitik schränkt die Nachfrage ein. Die Fiskalpolitik darf dies nicht durch eine expansive nachfrageorientierte Politik konterkarieren. Das würde nur inflationär wirken.

Nicht nur die Fiskalpolitik – die gesamte Wirtschaftspolitik muss in dieser Situation angebotsorientiert sein, sich also auf eine Ausweitung des gesamtwirtschaftlichen Angebots ausrichten. Die Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass es sich für private Haushalte und Investoren lohnt, zu arbeiten, zu investieren und Risiken zu übernehmen. Auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte bedeutet

dies eine Verschiebung von Transfers und staatlichem Konsum zu staatlichen Investitionen. Auf der Einnahmeseite verbieten sich Steuererhöhungen, vielmehr sind Reduktionen der Steuerbelastung erforderlich. Zudem sollten die Effizienz des Steuersystems verbessert werden und daher Steuervergünstigungen, besser Steuersubventionen, abgebaut werden.

Der Bundeshaushalt bietet hinsichtlich dieser Anforderungen sicher Verbesserungsbedarf. Gleichwohl ist die Verschiebung der Haushaltspolitik in diese Richtung zu erkennen. Dies gilt beispielsweise für das Elterngeld. Die Anspruchsgrenzen werden hier gesenkt: Statt bis zu einem jährlichen zu versteuernden Einkommen von 300.000 Euro können private Haushalte nur noch bis zu einem Einkommen von 150.000 Euro Elterngeld beziehen. Entgegen mancher Behauptungen in der Presse und den sozialen Medien kann in empirischen Studien für Haushalte mit höheren Einkommen bisher kein robuster signifikanter Effekt des Elterngeldes auf die Fertilität belegt werden. Wenn es so wäre, müsste es erstaunen. Denn Bezieher höherer Einkommen können sich Kinderbetreuung auch ohne staatliche Hilfe leisten und müssen ihren Kinderwunsch daher nicht vom Elterngeld abhängig machen. Belegt ist hingegen, dass gerade gut ausgebildete Frauen aufgrund des Elterngeldes früher in den Arbeitsmarkt zurückkehren. Dies dürfte gleichstellungspolitisch günstig sein. Allerdings wirkt eine Vielzahl anderer staatlicher Maßnahmen, insbesondere der Ausbau der Kinderbetreuung in die gleiche Richtung.

Das Beispiel Elterngeld verdeutlicht, wie der Bund allmählich von staatlichen Transfers zu staatlichen Investitionen umsteuert. Die Investitionen des Bundes steigen nämlich an – im Kernhaushalt in Verbindung mit den Sondervermögen. Gleichwohl bleibt noch viel zu tun, um die Wende zu einer angebotsorientierten Fiskalpolitik zu schaffen.



Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld